



## Bulletin

### **Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 2. Juni 2025**

Der Kantonsrat hat oppositionslos eine Änderung der Kantonalen Natur- und Heimatschutzverordnung genehmigt ([6002](#)). Neu soll der Kanton ISOS-Verfahren – also Abklärungen zur Anwendung des Bundesinventars der schützenswerten Ortsbilder von nationaler Bedeutung bei Bauvorhaben – an Gemeinden delegieren können, was die Verfahren vereinfachen und verkürzen soll.

Der Kantonsrat hat mit 171 zu 0 Stimmen eine Änderung des Landwirtschaftsgesetzes gutgeheissen, mit der der Auftrag des Strickhofs erweitert wird ([KR-Nr. 237/2021](#)). Demnach soll sich der kantonale Ausbildungs- und Versuchsbetrieb künftig stärker an den Umweltzielen des Bundes für die Landwirtschaft ausrichten.

Der Kantonsrat hat die Gesetzesänderung, mit der die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) verpflichtet werden, zur Energiewende und zur Versorgungssicherheit beizutragen, in zweiter Lesung behandelt ([KR-Nr. 255/2021](#)). Dabei hat er mit 148 zu 24 Stimmen entschieden, den ursprünglich vorgesehenen Fonds zur Finanzierung entsprechender Massnahmen zu streichen. Wegen dieser inhaltlichen Änderung wird der Text nun nochmals von der Redaktionskommission geprüft und geht in eine dritte Lesung.

Der Kantonsrat hat oppositionslos ein im ersten Corona-Jahr eingereichtes Postulat als erledigt abgeschrieben, mit dem eine Strategie für ein virtuell tagendes Parlament verlangt worden war ([KR-Nr. 115/2020](#)).

Der Kantonsrat hat mit 97 Stimmen eine parlamentarische Initiative vorläufig unterstützt, mit der den anerkannten Religionsgemeinschaften untersagt werden soll, staatliche Gelder für gesamtgesellschaftliche Projekte an Dritte – beispielsweise NGO oder nichtanerkannte Religionsgemeinschaften – weiterzugeben ([KR-Nr. 50/2025](#)). Die Initiative wird nun einer Kommission zur weiteren Beratung zugewiesen.

Der Kantonsrat hat mit 86 Stimmen eine parlamentarische Initiative vorläufig unterstützt, mit der Transparenz bei der Verwendung staatlicher Gelder durch die anerkannten Religionsgemeinschaften verlangt wird ([KR-Nr. 51/2025](#)). Konkret soll die Finanzierung von Projekten und Programmen nur dann erlaubt sein, wenn darauf hingewiesen wird, dass das Geld vom Staat kommt. Die Initiative wird nun einer Kommission zur weiteren Beratung zugewiesen.

Der Kantonsrat hat mit 135 Stimmen eine parlamentarische Initiative für eine vier- statt sechsjährige Periode beim Rahmenkredit zugunsten der anerkannten Religionsgemeinschaften vorläufig unterstützt ([KR-Nr. 52/2025](#)). Die Initiative wird nun einer Kommission zur weiteren Beratung zugewiesen.

Der Kantonsrat hat einer parlamentarischen Initiative für eine Amtszeitbeschränkung für Mitglieder der Kantonsregierung 55 Stimmen gegeben und sie damit nicht vorläufig unterstützt ([KR-Nr. 82/2025](#)). 60 Stimmen wären für eine weitere Behandlung nötig gewesen. Der Vorschlag hätte vorgesehen, dass eine Wiederwahl nach zwölf Amtsjahren nicht mehr möglich sein soll.

Der Kantonsrat hat eine parlamentarische Initiative, mit der die Gemeinden verpflichtet werden, unentgeltlich betreute Aufgabenstunden und individuelle Lernzeit anzubieten, mit 65 Stimmen vorläufig unterstützt ([KR-Nr. 107/2025](#)). Damit wird die Initiative einer Kommission zur weiteren Behandlung zugewiesen.

*(fsi.)*